

Demographischer Wandel und seine Folgen

Die Enkel werden fluchen

Martfelder Schlossgespräche
Schriftenreihe der Senioren-Union NRW Nr. 2



www.senioren-union-nrw.de

Demographischer Wandel und seine Folgen

Die Enkel werden fluchen

Martfelder Schlossgespräche
Schriftenreihe der Senioren-Union NRW Nr. 2

**Senioren
Union** 
CDU

www.senioren-union-nrw.de

Inhalt

Leonhard Kuckart	3
Begrüßung	
 Prof. Dr. Josef Schmid	
Schwelm, 17. Februar 2002	
„Die Enkel werden fluchen – Demographischer Wandel und seine Folgen“	5
1. Von der „Pyramide“ zum „Pilz“	6
2. Geborenendefizit	8
3. Alterung	11
4. „Revolution auf leisen Sohlen“ – worin besteht sie?	12
5. Zuwanderung	14
6. Prognosen	16
7. Folgen einer veränderten Altersstruktur	18
8. Kompensation – Gegensteuerung	21
 Dr. Bernhard Worms	28
Schlußwort	
 Prof. Dr. Josef Schmid	29
Persönliches	
 Literatur	30

Herausgeber

Senioren-Union der CDU Nordrhein-Westfalen · Heinz Soth
Wasserstraße 5 · 40213 Düsseldorf · Telefon (02 11) 1 36 00-0 · Telefax (02 11) 1 36 00-54
Internet: www.senioren-union-nrw.de · E-Mail: senioren@senioren-union-nrw.de

Herstellung und Verlag

Satz-Repro-Druck · G. Neumann GmbH · Karlstraße 18 · 45739 Oer-Erkenschwick
Telefon 0 23 68/98 59-0 · Telefax 0 23 68/98 59-20 · ISDN.DFÜ 0 23 68/98 59-23 · satzreprod@t-online.de
1. Auflage, 1500/05/02

Leonhard Kuckart

Meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich darf Sie heute morgen aufs Herzlichste begrüßen zu unserer zweiten Veranstaltung im Rahmen der Vortragsreihe: Demographischer Wandel und seine Folgen.

Ich begrüße selbstverständlich wie immer besonders herzlich die Presse. Ich freue mich, heute morgen den Bundesvorsitzenden der Senioren-Union, Dr. Worms, unter uns begrüßen zu können. Und den Landesvorsitzenden Prof. Dr. Wulff, der ebenfalls heute morgen bei uns ist.

Die Enkel werden fluchen, so die Überschrift eines Artikels in der Zeitung DIE WELT vom 28. April 2001. In diesem Artikel stellt der Redakteur der WELT den Inhalt eines Buches vor, das gerade erschienen war. Titel des Buches: Sozialprognose. Und so beschreibt er den Inhalt dieses Buches: „Wenn die mit unserem Wohlfahrtssystem verbundenen kollektiven Ansprüche das Prinzip der Gerechtigkeit zwischen den Generationen verletzen, droht das gegenwärtige Unbehagen zwischen den Alten und Jungen in einen offenen Krieg zwischen der Minderheit der Leistungserbringer und der Mehrheit der Leistungsempfänger umzuschlagen. Um das zu verhindern, werden von den Verfassern dieses Buches interessante Vorschläge gemacht.“ Der Redakteur der WELT behauptet, dass die Politik diese Vorschläge wahrscheinlich scheut, wie der Teufel das Weihwasser. Nach Meinung des „Welt-Redakteurs“ sind die Bevölkerungswissenschaftler aus Bamberg allerdings keine Wolkenschieber. Sie ignorieren nicht, dass die parlamentarische Demokratie die Gegenwart verherrlicht und die Zukunft vernachlässigt. Und er zitiert Richard von Weizsäcker, unseren ehemaligen Bundespräsidenten, sinngemäß wie folgt: Man kann schlechterdings von einem Wahlkämpfer erwarten, dass er etwas vertritt was, langfristig notwendig ist und so eine Wahlniederlage kassiert. Was bringt es ihm, wenn er in 30 Jahren



recht bekommt? Die Flüche und Verwünschungen der Nachgeborenen werden das Ohr dieses Politikers nicht mehr erreichen. So Richard von Weizsäcker. Unser heutiger Referent, Prof. Dr. Schmid, ist Mitverfasser dieses Buches. Ich begrüße ihn recht herzlich unter uns, Ich freue mich, dass Sie heute bei uns sind und wir sind gespannt, was Sie uns zu sagen haben.

**Prof. Dr. Josef Schmid,
Bamberg**

„Die Enkel werden fluchen – Demogra- phischer Wandel und seine Folgen“

Wir leben in einer Revolution. Sie kommt ohne Barrikaden, Straßenkämpfe und Pulverdampf aus, ist aber nicht weniger umstürzlerisch. Auch sie kehrt das Unterste zu Oberst, greift in alle Lebensbereiche ein, lässt nichts unberührt und verändert wahrnehmbar die Umwelt eines jeden von uns – ich spreche von einer demographischen Revolution, die das alles bewirkt, – von einem Umbau der Bevölkerungsstruktur, der unser Leben und das der nächsten Generationen bestimmen wird.

Während von einer politischen Revolution zwar alle betroffen sind, ohne dass gleich alle mitmachen, so sind an einer demographischen Revolution alle beteiligt. Wir sind alle Täter, Geschehenlasser und Betroffene in einem. – Weil die demographische Revolution langsam und schleichend daherkommt, habe ich sie die „Revolution auf leisen Sohlen“ genannt. Und so leise sie auch daherschleicht, so unverrückbar und unerbittlich gebärdet sie sich.

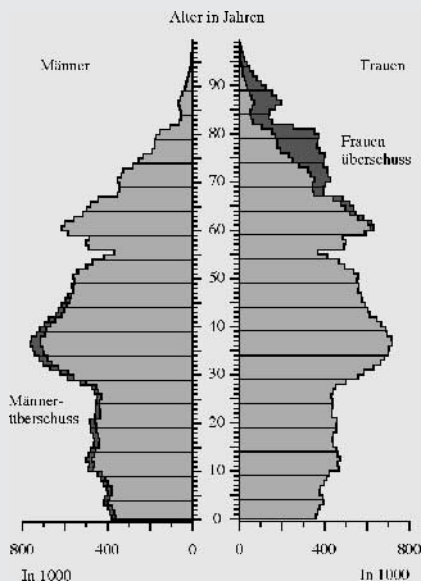


1. Von der „Pyramide“ zum „Pilz“

Wir kennen das Bild der Alterspyramide – vor allem, wie sie im Lauf der Entwicklung verschiedene Formen annimmt: vom Dreieck, zum Rechteck, - zum Pilz. Wenn wir die Höhe dieser Pyramide mit einer Skala versehen, wie ein Thermometer, an dem die Altersgruppen von Null, also die Neugeborenen, bis zu den 100-jährigen aufgetragen sind, können wir uns ein Bild von der inneren Zusammensetzung nach Alter und Geschlecht machen. In der Jugendzeit unserer Großeltern sah sie noch aus wie von einem ägyptischen Baumeister errichtet: ein breiter Jugendsockel, der wie in einem nach oben gezogenen Dreieck, also nach oben hin spitz zuläuft. Eine solche Pyramide, wie wir sie heute in den Entwicklungsländern finden, zeigt auf den ersten Blick viel Jugend und spärlich vertretene Altenjahrgänge.

Altersaufbau Deutschland, 9. Koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung, Variante 2

2000 – 2025 - 2050

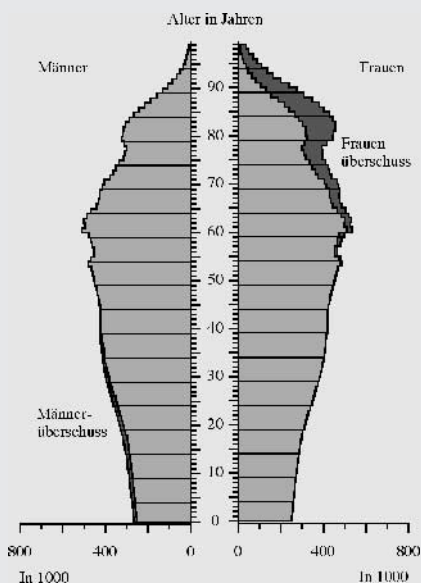
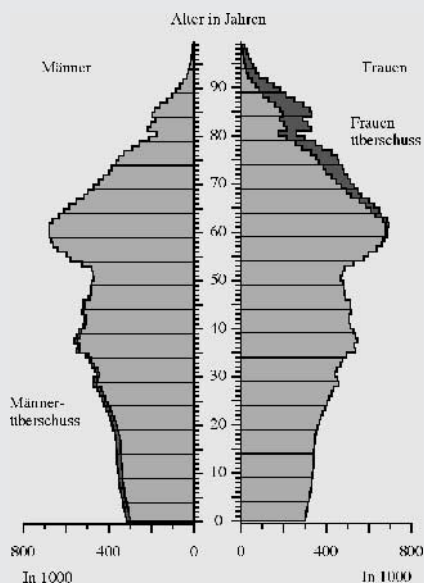


Quelle: Statistische Bundesamt,
(bearbeitet Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft, Universität Bamberg)

Alle im vergangenen Jahrhundert kriegsführenden Nationen Europas zeigen eine Altersstruktur einen Bevölkerungsbaum mit Schlaglöchern, Verwerfungen und Anomalien, auf die hin nichts mehr so bleiben kann, wie es war.

Die derzeitige Bevölkerungspyramide bietet ein umgekehrtes Bild: eingebrochene Jugendjahrgänge und ein Schwellkopf mit den starken Altenjahrgängen – ein Koloss auf tönernen Füßen.

Und die Zusammensetzung nach Alter und Geschlecht ist der erste analytische Blick auf eine Bevölkerung. Die bloße Gesamtzahl der Einwohner sagt wenig, z. B. dass Deutschland 82 Millionen Einwohner hat. Menschen aus Politik und Wirtschaft wissen am besten, dass die absolute Menschenzahl nicht das Ausschlaggebende ist, sondern was sie leisten. Und was sie leisten, wird viel mehr durch die Altersstruktur, besonders durch den Bildungsgrad der jüngeren Erwerbspersonen und durch klugen Einsatz der Altenjahrgänge beiderlei Geschlechts bestimmt als durch ihre absolute Zahl.



2. Geborenendefizit

Der nächste Blick fällt auf die Bewegung, die diese innere Zusammensetzung herbeiführt und verändert. Wir wissen, dass die absolute Bevölkerungszahl schwanken kann, ohne den Gesamtwohlstand unmittelbar zu treffen oder zu beeinträchtigen, doch muss uns ein stetiger und sich beschleunigender Geburtenrückgang dennoch nervös machen. Denn er bedeutet nicht nur eine gewisse Abnahme der Zahl der Geburten: er summiert sich, wenn sich nichts ändert, zu einer fortgesetzten, dauerhaften Abnahme der einheimischen Bevölkerung, ohne dass wir wüssten, wie und an welchem Punkt wir die Bevölkerungsabnahme bremsen sollten.

Wir registrieren also eine Bevölkerungsabnahme wegen einer seit 1973 jährlich auftretenden Geburtenlücke, die sich seitdem summiert.

Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung in Deutschland 1989 bis 2000 – Salden der natürlichen Bevölkerungsbewegung und Wanderungen

Jahr	Geborenendefizit (Sterbefall- überschuss)	Zuwanderungs- überschuss	Bevölkerungs- bilanz
1989	- 22.982	+ 593.962	+ 570.980
1990	- 15.770	+ 681.872	+ 666.102
1991	- 81.226	+ 602.523	+ 521.297
1992	- 76.329	+ 782.071	+ 705.742
1993	- 98.823	+ 462.096	+ 363.273
1994	- 115.058	+ 314.998	+ 199.940
1995	- 119.367	+ 397.935	+ 278.568
1996	- 86.830	+ 282.197	+ 195.367
1997*	- 48.216	+ 93.664	+ 45.448
1998*	- 67.348	+ 47.098	- 20.250
1999	- 75.586	+ 222.975	+ 147.389
2000	- 71.694	+ 167.749	+ 96.055

***) Jahre starker Rückkehr von Bosnien-Flüchtlingen**

Quelle: Statistisches Bundesamt

Bis zum Jahr 2000 war nun die Zeitspanne einer Generation abgelaufen und wir können (und müssen) feststellen, dass – gemessen an der Stärke der Elterngeneration – 2 1/2 Millionen Kinder zu wenig geboren wurden, m. a. W.: dass die Zahl der in dieser Zeit Geborenen nicht ausreicht, um die Stärke der Elterngeneration zu erreichen. Sie bleibt ein ganzes Drittel darunter: 100 Elternteile setzten nur 65 Kinder in die Welt, pro Frau 1,4; nötig wären etwas über 2! Ein Blick ins Statistische Jahrbuch Deutschlands zeigt uns eine Bevölkerungsbilanz mit einem ständigen Überschuss der Sterbefälle über Geburten; diese negative Geburtenbilanz wird – wie wir längst wissen – nur durch einen Überhang an Zuzügen über die Fortzüge (einen sogenannten positiven Wanderungssaldo) ausgeglichen – mit Folgen, auf die wir noch zu sprechen kommen werden.

Ursachen des 1. und 2. Geburtenrückgangs

Geburtenrückgang ist ein vielschichtiges Phänomen, Forschungen dazu füllen inzwischen eine Bibliothek. Hier sei eine kurze Erklärung gewagt:

Der erste Geburtenrückgang ereignete sich mit der ersten Phase der Industrialisierung und hat sich bis zur Weltwirtschaftskrise 1929 hingezogen. Während in der bäuerlichen Kultur der ausreichende, überlebende Nachwuchs existenziell wichtig für das Überleben der Eltern war – dieses Gleichgewicht auch für eine positive Bevölkerungsbilanz (mehr Geburten als Sterbefälle) sorgte, sorgt in der modernen hochindustriellen Gesellschaft für das Überleben der Menschen (scheinbar) ein anonymes Kollektiv, eine Sozialbürokratie, eine Solidargemeinschaft, wo der eigene Beitrag hierzu nicht persönlich zugerechnet wird und Leistungen trotzdem abgerufen werden können. Der eigene Beitrag in Form von Kindern verschwindet hinter Großbeträgen staatlicher Finanzen, zumal die sozialbürokratischen Leistungen auch Kinderlosen in derselben Höhe zustehen. Die Sorge um die ausreichende und ausgleichende Kinderzahl scheint seitdem und bis in unsere Tage zivilisationstechnisch überholt. Es kann nach einschneidenden Ereignissen noch zu Geburtenwellen kommen. Eine ereignete sich bald nach Ende des Zweiten

Weltkriegs, eben während des sogenannten Wirtschaftswunders; die Geburtenwelle bekam den Namen „**Baby-Boom**“, weil sie in den USA am stärksten war: in Deutschland war die Geburtenwelle von einer Heiratswelle getragen: junge Leute stürmten die Standesämter, den Wohnungsmarkt und die jüngeren Ehefrauen mindestens zwei- bis dreimal den Kreißsaal. Der Generationenersatz von 2 Kindern pro Frau im Durchschnitt wurde fast erreicht. Doch war 1964 mit über 1 Million Neugeborenen ein gewisser Höhepunkt erklommen; die „Baby-Boomers“ sind die geburtenstarken Jahrgänge der 50er bis Mitte der 60er Jahre und sie prägen in gewisser Weise das soziale Schicksal ihrer Gesellschaften mit, – neben ihrem eigenen selbstverständlich. Sie traten sich in Schulen, Ausbildung, an Universitäten, am Arbeits- und Wohnungsmarkt gegenseitig auf die Füße und müssen sich bis heute gegen Konkurrenz aus ihrer eigenen Altersgruppe behaupten und durchschlagen.

Diese geburtenstarken Jahrgänge sind bis heute markant hervorgehoben, weil unmittelbar auf sie – ohne jede Vorwarnung und Übergangszeit – der **stärkste Geburtenrückgang** einsetzte: von 1,2 Millionen 1964 sanken die Geburten bis 1973 auf 750.000 ab – beinahe eine Halbierung in so wenigen Jahren, mitten in Frieden und Wohlstand. Das war bis dahin undenkbar. Man dachte, dass sich Frieden und Wohlstand immer und auch weiterhin mit höheren Geburtenzahlen und allgemeiner Heiratswilligkeit verbinden würden, doch nun lösen sie das Gegenteil aus. Wissenschaft und Politik standen vor einem Rätsel – sie waren wahrlich perplex angesichts dieser Situation. 1973 zählte die westdeutsche Bundesrepublik als erstes Land der Welt und im reichen Westen gelegen mehr Sterbefälle als Geburten und bald machte sich die Vorstellung vom „Aussterben der Deutschen“ breit. Nur die Tatsache, dass dies noch sehr lange dauern würde, keiner der derzeit Lebenden es erleben könne und man außerdem ja nicht wissen könne, was in den nächsten 150 Jahren noch alles passiert, ermöglichte die Verdrängung dieses an sich logischen Tatbestandes.

Der moderne Mensch sucht nicht mehr in der ausreichenden Kinderzahl seine existenzielle Balance, sondern zwischen Einkommen, Ansprüchen und dem persönlichen Wohlstandsoptimum. Das kann in der Summe nur Geborenendefizit bedeuten. Würde man diesen Trend um-

kehren wollen, bräuchte es größere Vereinbarkeit von Frau, Arbeit und Familie. Eine Verstärkung dieses Trends zur individuellen Lebensperspektive muss zur raschen Abkehr vom Babyboom geführt haben. Wir sprechen da von einem Schub der Individualisierung und Auflösung des Kleinfamilienmusters, das die Zeit des Wirtschaftswunders noch dominiert hatte. Sie war die Konsumeinheit gewesen, heute ist es der Einzelne, der sich Partnerbindung und Nachwuchs wohlweislich überlegt. So sprechen wir für die Zeit ab 1973 von einem zweiten Geburtenrückgang. Er dauert bis heute an.

3. Alterung

Doch wollen wir uns einer weiteren inneren Bewegung zuwenden, der auch unser Leben und alle Politikbereiche unterliegen: es ist die Alterung der Bevölkerung, etwas ungehörig auch „Überalterung“ genannt. Es gibt kaum ein Wort, bei dem Politik und Wirtschaft, Soziales und Kommunen so zusammensucken, wie dem Wort von der alternden Gesellschaft, die unaufhörlich fortschreitet, durch nichts – wie wir wissen – wirksam kompensiert werden kann und nun schon seit Jahren und wahrscheinlich auch in Zukunft Altenpläne, Gesundheitspolitik und die jeweiligen Beitragssätze zur Rentenversicherung zur Makulatur machen. Fachleute sprechen vom „demographischen Altern“. – Was heißt das eigentlich?

Faktoren des demographischen Alterns

Der erste Faktor der Alterung ist das Geborenendefizit: Jugendschwund bedeutet anteilmäßige Gewichtsverlagerung zu den älteren Jahrgängen. In der modernen Welt jedoch steigt außerdem noch die allgemeine Lebenserwartung, diejenige der Altenjahrgänge steigt sogar überproportional an. Es gibt schon die ironische Bemerkung, dass die einzige Bevölkerungsexplosion, die sich die moderne Welt leistet, das stetige Anwachsen der 80- bis 100-jährigen sei.

Noch 1950 lag in Westdeutschland die Lebenserwartung der Männer bei 64,6 Jahren, die der Frauen bei 68,5; Mitte der 90er Jahre war diejenige der Männer um fast 9 Jahre auf 74 Jahre, und die der Frauen um 12 Jahre, d.h. auf 80 Jahre, angestiegen.

Ist die Lebenserwartung bei Geburt von besonderem Interesse für Familienplanung und Gesundheitsdienste, so ist die ferne Lebenserwartung 60-jähriger die wichtigste Zahl für die Träger sozialer Sicherung und Dienste. Sie liegt für Männer bei 17 Jahren, für Frauen bei 26 Jahren. Erstaunlich und mit die größte Herausforderung im Sozialbereich ist, insbesondere die Zunahme der Zahl der älteren Frauen.

Tabelle 2: Entwicklung der Lebenserwartung in Westdeutschland und Ostdeutschland, 1950-1994

Zeitraum	Lebenserwartung bei der Geburt nach Geschlecht (in Jahren)			
	Männer		Frauen	
	West	Ost	West	Ost
1950	64,6	63,9	68,5	67,9
1960	66,9	66,5	72,4	71,4
1970	67,4	68,1	73,8	73,3
1980	70,0	68,7	76,7	74,6
1986	71,7	69,7	78,0	75,8
1991	73,1	69,9	79,5	77,2
1994	73,4	70,3	79,7	77,7
Zuwachs:				
1950-1994	+ 8,8	+ 6,4	+ 11,2	+ 9,8
Quelle: Statistisches Bundesamt; Statistische Jahrbücher der DDR; Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland; Jürgen Dorbritz/Klara Gärtner 1995.				

4. „Revolution auf leisen Sohlen“ – worin besteht sie?

Die „Alte Welt“ alterte erst im vergangenen Jahrhundert. Hier hat sich – beginnend in den 20er Jahren – die zu Kaisers Zeiten übliche „ägyptische“ Alterspyramide in eine Glockenform verwandelt. Wären Weltkriege und Weltwirtschaftskrise nicht gewesen, hätten wir jene großen Einbuchtungen nicht, welche die Glockenform arg ramponiert

haben. Die Schweiz und Schweden, neutral im letzten Jahrhundert, zeigen bis in die Nachkriegszeit eine Alterspyramide in makelloser Glockenform. Die kam dadurch zustande,

- dass Geburtenrückgänge zu Beginn des 20. Jahrhunderts den einst breiten Jugendsockel arg verschmälert haben und
- dass mit Anstieg der Lebenserwartung in den älteren Jahrgängen sich die einstige Altersspitze zur breiteren Kuppe hat ausdehnen können.

Diese Altersstruktur der Glocke wäre eigentlich die ideale Bevölkerungsstruktur einer modernen Gesellschaft: sie zeigt ausreichenden Nachwuchs im Rahmen der Stärke der Elterngeneration; das wäre praktisch die 2-Kinder-Familie, die Deutschland noch in den 20er Jahren hatte; kein Jahrgang würde überstark oder allzu schwach vertreten sein und – wie eine Glockenform am oberen Ende zeigt – wäre ein langes Leben verbürgt.

Der Geburtenrückgang bewirkt schon einen Rückgang der Verwandtschaft; das Schwinden von Onkel und Tante, wo sich Ein-Kind-System durchgesetzt hat, ist bekannt; Kinderlosigkeit, so hört man allmählich, wird während des aktiven Lebens noch nicht so stark und nachdrücklich empfunden als im Alter. Die Verwandtschaftsformen unterliegen einer „Verstängelung“ – die horizontalen Verwandtschaftsgrade gehen zurück, zurück bleibt eine schmale direkte, vertikale Generationenfolge – und die ähnelt der Alterspyramide selbst: sie wird unten immer schmaler, doch der eingebrochene Jugendsockel hat einen immer mächtigeren Altenteil zu tragen. Man bezeichnet die jetzige (und noch mehr die künftige) deutsche Altersstruktur als Koloss auf tönernen Füßen.

Die Langlebigkeit führt dazu, dass – erstmalig in der Menschheitsgeschichte vier Generationen nebeneinander leben. Um 1900 war es eine Gnade Gottes, aus der Kinderzeit das Gedächtnis an einen Großelternanteil noch bewahrt haben zu können. Heute gilt das Urgroßelternanteil - die Lebenserwartung hat sich um eine Generationenlänge nach hinten verschoben. Der Jugendliche erlebt heute zwei durchaus rüstige Großelternpaare, die nur darauf warten, ihren einen oder ihre wenigen Enkel zu unterstützen. Es ist daher familienpolitisch unklug, das

erstgeborene Kind schon zu unterstützen und auszustatten, denn dafür wird liebend gerne noch innerfamiliär gesorgt. Beim zweiten und **staatspolitisch notwendigen dritten Kind** (will ich am Geburtenabsturz wirklich etwas ändern) wäre der Staat gefordert, die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit endlich anzupacken: Mit vernünftigen Teilzeitregelungen und Anerkennung von Familienleistungen als denen der Erwerbspersonen ebenbürtig – angesichts eines auf Dauer notleidenden, in seiner Substanz aber nicht abschaffbaren Generationenvertrags.

Bis 2030 sind ein Drittel der Gesamtbevölkerung über 60 Jahre, bis 2050 ein Drittel über 65 Jahre.

Folgen zeigen sich, wenn Jugend und Erwerbstätige abnehmen und gleichzeitig die Zahl der Rentner steigt. Sie zeigen sich auch am Altern der Erwerbspersonen. Das Durchschnittsalter liegt in Europa jetzt schon bald bei 40. Hier stellen sich Fragen an die Innovationsfreudigkeit und Kreativität in globaler Konkurrenz.

5. Zuwanderung

Mit Einwanderung oder „Zuwanderung“ – wie man häufiger hört – ist nun nach Geburten und Alterung der dritte Komplex angesprochen, der die deutsche Bevölkerung – und wie wir wissen auch die der Europäischen Union – verändern dürfte; wir wissen noch nicht wie, weil alle Staaten der EU, voran Deutschland eine restriktive Haltung dazu einnehmen, und zwar aus einer Vorgeschichte heraus. Seit Kriegsende hat Deutschland eine starke Zuwanderung zu verzeichnen: von der Aufnahme in Massen geflohener Landsleute bis zum Bau der Mauer 1961; sodann mit der „Gastarbeiterwelle“ Arbeitsmigranten aus dem gesamten Mittelmeer-Raum bis zu ihrem Stopp durch die Regierung Brandt-Scheel im Jahre 1973. Wir alle wissen, warum! – (Ölkrise, Technologische Revolution)

Es wird vergessen, dass das, was wir heute als Integrationsproblem im Lande bezeichnen, damit seinen Anfang genommen hat, dass Deutschland (und Westeuropa) nicht nur als Arbeitsmarkt entdeckt wurde, sondern auch als Wohlfahrts- und Sozialstaat, mit dessen Leistungen man rechnen konnte, auch wenn Wirtschaft und Arbeitsmarkt ihre

altgewohnte Aufnahmebereitschaft verloren zu haben schienen. So trat neben der reinen **Arbeitsmigration** die **Familienzusammenführung** als zweite und florierende Zuwanderungssäule. Nicht genug damit: die großzügige deutsche Asylgebung (einmalig in der Welt, weil der Asylbewerber auf Kosten des Aufnahmelandes einen Prozess um sein Hierbleiben führen darf) wurde nun zu einer dritten Säule der Zuwanderung; das heißt, dass Deutschland immer mehr Asyl- und Fluchtfälle aufnahm. Dies hat im Lauf der Jahre den Ausländeranteil auf 8 Millionen Menschen anwachsen lassen. Der Anteil von ihnen, der in offiziellen, beitragspflichtigen Arbeitsverhältnissen Platz findet, wird – gemessen an der Gesamtzahl der Ausländer – geringer. Das markiert einen Umschwung von reiner Arbeitsmigration zu einer Migration aufgrund von Gesetzen, die mit der deutschen Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage in keinem Zusammenhang mehr stehen. Neben Familienzusammenführung, **Asyl und Flucht** ist auch jetzt die Aussiedler-Zuwanderung zu erwähnen – ein Sonderfall, weil sie Deutsche im Sinne des Grundgesetzes sind und mit allen Förderungen ausgestattet werden. Ihre Rückkehrquote ist erstaunlich hoch: ausgestattet mit deutschen Papieren und Pensionsansprüchen geht ein Drittel von ihnen ins Herkunftsland zurück.

Das Integrationsproblem, von dem seit Monaten die Rede ist, worin sich Parteien befenden, auch über die „Leitkultur“, denn niemand will so recht wissen, wo hinein sich Zuwanderer denn integrieren sollen – lässt sich wie folgt umreißen:

Integration ist erforderlich, weil Wirtschaft und Politik auch in einer globalisierten Wirtschaft, Produktion und Wissensbeschaffung ein Mindestmaß an Verständigung, Konsens brauchen, um die Arbeitsteilung funktionstüchtig zu erhalten. Wir müssen eine Wissens- und Bildungsgemeinschaft bleiben. Globale Wirtschaft braucht lokale Kompetenz, um bewältigt zu werden. Hochtechnologiegesellschaften können sich keine Desorganisation, Sonder- und Subkulturen, Parallelgesellschaften, Ausländerghettos leisten. Sie sind ein schwelender Bürgerkrieg, der teuer zu stehen kommt.

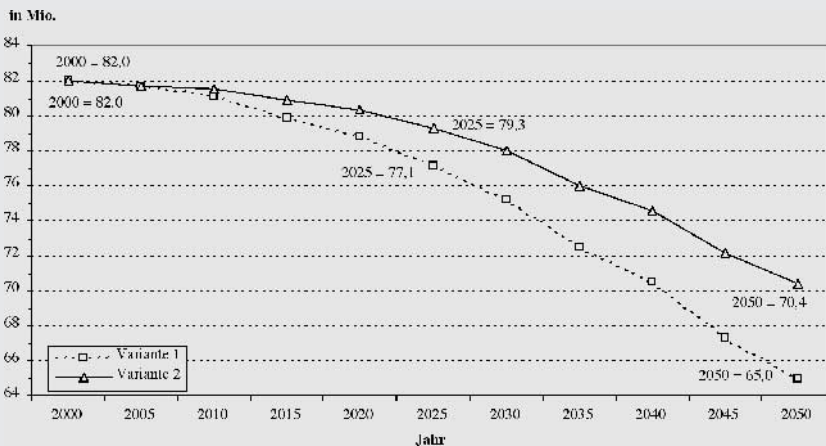
Integrationshemmend wirkt eine Zuwanderung, die nicht nach Arbeitsmarktkriterien und überhaupt aus nicht-wirtschaftlichen Gründen erfolgt, sondern weitgehend aus politisch-humanitären Gründen. Da ist

es gar nicht üblich, die Einpassung in eine moderne Leistungsgesellschaft zu verlangen. Auch für ausländische Arbeitnehmer sind Arbeitsplatz und Aufenthaltsgenehmigung die einzigen Erfordernisse; so bleibt eigentlich nur als Einpassungsweg in die deutsche Gesellschaft die im einzelnen nicht überprüfbare Schulpflicht der Kinder.

6. Prognosen

Die im Jahr 2000 vom Statistischen Bundesamt vorgestellte „9. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung für Deutschland“ ist bis zum Jahre 2050 ausgelegt und unterstellt (1) eine weitere Zunahme der Lebenserwartung um vier Jahre, (2) eine gleichbleibende Geburtenentwicklung im Durchschnitt der letzten Jahre: 1,4 Kinder pro Frau, und schließlich (3) Varianten von Wanderungsannahmen: ein jährlicher Zuwanderungssaldo von 100.000 bzw. 200.000 scheint seit Änderung der Asylgesetzgebung 1993 realistisch – soweit die Politik im Prognosezeitraum nicht andere strikte Vorgaben macht.

Graphik 1: Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland bis 2050



Quelle: Statistisches Bundesamt; (bearb. Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft, Bamberg)

Sollte es bei einem geringen Zuwanderungsüberhang von nur 100.000 jährlich bleiben, dann würden sich die 82 Millionen Einwohner des Jahres 2000 bis 2030 auf 75 Millionen, bis 2050 auf 65 Millionen verringern. Beträgt der Wanderungssaldo das Doppelte, also 200.000, dann sinkt die Einwohnerzahl bis 2030 immerhin auf 78 Millionen und bis 2050 auf 70,4 Millionen. Die fortgesetzte Bevölkerungsabnahme aufgrund fehlenden Nachwuchses von einem Drittel unter Ersatzniveau entwickelt eine Sogwirkung abwärts, die auch mit einem noch höheren Zuwanderungssaldo von etwa 300.000 nicht aufzuhalten wäre. Der Abnahme- und Schrumpfungstrend der deutschen Bevölkerung wäre nur durch eine deutliche Verjüngung der Altersstruktur aufzuhalten bzw. umzukehren.

**Tabelle 3: Bevölkerung in Deutschland nach Altersgruppen
(9. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung)**

Variante 2 (langfristiger Zuwanderungssaldo 200.000 Personen im Jahr)

Alter von... bis unter... Jahren	in 1.000 Personen					
	1.1. des Jahres					
	2000	2010	2020	2030	2040	2050
unter 20	17.487	15.474	14.103	13.430	12.388	11.462
20 - 30	9.640	9.711	9.070	7.932	7.639	7.224
30 - 50	25.968	24.195	20.596	20.159	18.339	16.911
50 - 65	15.554	15.756	19.343	16.443	14.716	14.591
20 – 65 zusam.	51.162	49.662	49.010	44.533	40.693	38.726
65 und mehr	13.336	16.352	17.226	20.014	21.464	20.193
insgesamt	81.985	81.497	80.339	77.977	74.546	70.381

Es lohnt sich, auf die Nachwuchsjahrgänge zu schauen und die Altenjahrgänge über 65. Der Einbruch erfolgt auf Seiten der Jugend und zwar massiv. Hier wirkt bereits „Implosion“. Die sozialen Probleme sind in der Ökonomie zu suchen und ihrer Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten: Verwissenschaftlichung, Hochtechnologisierung, globaler Wettbewerb. Daneben sinnvolle Placierung der älteren Bevölkerung – sie so weit als möglich in Funktionen belassen.

Doch die Geborenendefizite sind kaum mehr aufzuholen, schon gar nicht in einer Müttergeneration. Es ist gewiss familienpolitisch noch etwas Spielraum, aber nicht so viel, dass zu einem Generationenersatz von zwei Kindern im Durchschnitt aller Frauen zurückgekehrt werden könnte. Das erforderte einen Rückgang der Kinderlosigkeit (von bald einem Drittel der Frauen im gebärfähigen Alter) und mehr 2- und 3-Kinder-Familien als wir jetzt haben.

Die Bevölkerungslücke ist auch durch Einwanderung nicht zu füllen, wenn man solche im Blick haben muss, die in Arbeitsmarkt und das soziale und kulturelle Gefüge passen. Da die Einwanderer nur mehr aus außereuropäischen Regionen in unbegrenzter Menge kommen könnten, entfällt auch dieses „Heilmittel“. Seine Nebenwirkungen sind unabsehbar und unvorstellbar.

Die Zeit drängt: Denn wenn wir nicht wissen, wie man eine Abnahme von heute 82 Millionen bei 70 oder 65 Millionen stoppt, dann wissen wir auch nicht, wie man eine Bevölkerung von 65 Millionen bei 40 Millionen oder gar nur mehr bei 20 Millionen zum Stehen bringen soll.

7. Folgen einer veränderten Altersstruktur **Generationenvertrag**

Was wir heute Generationenvertrag nennen, ist nun ein ausgereifter Typus von Generationsbeziehungen, auf den sich ein optimistischer erfolgreicher Industriestaat einlassen konnte, weil sich in ihm ein Fortschrittsglaube, bald auf Technik, bald auf Wirtschaftswachstum gründend, festsetzen konnte. Auch der neue Wohlfahrtsstaat glänzte mit einem sozialen Fortschrittsglauben, wenn er meinte, sich auch gegen wirtschaftliche Rückschritte abfedern und absichern zu können. Der Generationenvertrag ist keine juristische Angelegenheit, sondern beruht auf einer ökonomischen und kulturellen Konsequenz des Lebenszyklus: Man wird geboren, wächst unter dem Schutz von Eltern, Lehrern und einer Gemeinschaft heran, um einmal aktiv die sozialen Kosten seiner eigenen Lebensperiode zu bestreiten, – um sich schließlich selbst einmal aufs Altenteil zu setzen, ohne sich um Pension und Gesundheitskosten sorgen zu müssen. Das Geben und Nehmen verteilt sich – zeit-

verschoben! – über den Lebensverlauf, und das erfordert günstige Bedingungen: eine Vertrauensbasis in gesellschaftliche Institutionen, Solidaritätsgefühle und ein gewisses Maß an Selbstdisziplin und Zurückhaltung, wenn die Großzügigkeit eines Wohlfahrtssystems nicht überdehnt und ausgenutzt werden soll. Eine gesunde Wirtschaft, eine verlässliche Währung und hinlängliche Einkommen sind nötig, um Konflikte zwischen anonymen Menschenaggregaten oder Jahrgängen mit Mentalitätsunterschieden niederzuhalten. Gelegentliche Aggressionen der heranwachsenden Jugend richten sich noch nicht auf die Gestalt des Generationenvertrages. Er liegt ihrer eigenen Interessenssphäre noch zu fern.



Dr. Bernhard Worms im Gespräch mit Georg Schwab

Geburtenrückgänge zeigen sich bildlich am Einbrechen des Jugendsockels der bekannten Bevölkerungspyramide; anschwellende Altenjahrgänge verschaffen ihr einen breiten Kopf. Ein Zusammentreffen beider lassen Bevölkerungen vergleichsweise rasch altern. Die ägyptisch anmutende Pyramide wird zum Pilz oder – wie Sozialpolitiker schon sagen – zum Koloss auf tönernen Füßen. Der Alterungsprozess speist sich in Deutschland aus einem konstanten Geburtendefizit seit 1973 und den steigenden Überlebenschancen in allen Altenjahrgängen. Die Gruppe der 80- bis 100-Jährigen („Hochbetagte“) wächst am schnellsten. Doch schon die Zahl der über 60-Jährigen wächst ständig, und das verschiebt das demographische und sicher auch politische Gewicht in ihre Richtung. Auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter kommen heute 40 Menschen über 60; bis zum Jahre 2040 wird dieser „Altenquotient“ auf über 70 ansteigen. Doch Menschen im erwerbsfähigen Alter gründen auch Familien und haben für Nachwuchs zu sorgen. Auf sie kommen zweierlei Belastungsquotienten zu: die abhängigen Jahrgänge der Kinder und Jugendlichen und diejenigen des Rentenalters. Im Jahre 1990 kamen auf 100 Erwerbsfähige zwischen 25 und 65 Jahren schon

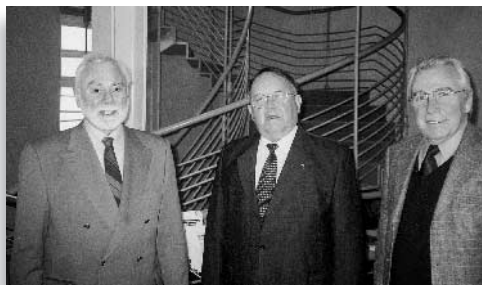
80 „Abhängige“, jung und alt. Im Jahre 2040 wird sich der Kinder- und Jugendanteil verringert und der Anteil der Älteren verdoppelt haben, so dass auf 100 Erwerbsfähige dann 102 Abhängige kommen.

Den Menschen im Erwerbsalter stehen immer mehr Menschen im Pensionsalter gegenüber. Entsprechend ihrer Zahl pochen sie auf politische Entscheidungen zu ihren Gunsten. Dadurch hat das Erwerbspotential immer höhere soziale Kosten zu tragen. Die Erwerbsbevölkerung hat, wie bereits erwähnt, die Aufgabe der Familienbildung, der Erziehung der nachwachsenden Generation und – getreu dem Umlageverfahren – gleichzeitig für die Alterssicherung aufzukommen. Moderne Industriestaaten werden die Aktiven und Inaktiven zur Kooperation überreden müssen, weil Leistungsträger nicht gerne über Gebühr für eine anonyme Masse arbeiten.

Personen im Erwerbsalter und Erwerbstätige

Es bedarf keiner großen Erörterung, dass das Geborenendefizit auf die demographische Größe der Personen im Erwerbsalter der 20- bis 60-jährigen durchschlägt. Nur noch geburtenschwache Jahrgänge wachsen ins Erwerbsalter hinein, verschlanken damit von unten her die Struktur der Aktiven, so wie geburtenschwache Jahrgänge die gesamte Alterspyramide vom Sockel her einbrechen lassen. Die rein demographischen Einflussgrößen, wie die Geburtenentwicklung und Alterung, liegen auf der Hand, so dass die Bewegungen der Bevölkerung im Erwerbsalter auf dieser Grundlage recht exakt vorhergesagt werden können. Der Arbeitsverwaltung und Beschäftigungspolitik unterliegen Menschen im aktiven Alter von 20 bis 60 bzw. 65 und diejenigen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen: sie umfassen die Erwerbstätigen, d.h. diejenigen in offiziellen Arbeitsverhältnissen, die registrierten Arbeitslosen und diejenigen, die nur fallweise und

v.l.n.r.: Rudolf Preuß, Dr. Bernhard Worms, Friedhelm Geraedts



in günstigen Zeiten dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, die Stille Reserve. Sie bilden das Erwerbspersonenpotential, das zur Zeit bei 41 Millionen Menschen steht. Der demographische Abnahmetrend würde also bei unveränderten Erwerbs-



Rudolf Preuß im Gespräch mit Prof. Dr. Otto Wulff

quoten und ohne Wanderungsgewinne (= ausgeglichener Wanderungssaldo) wie folgt durchschlagen: bis 2010 wird das Erwerbspersonenpotential um 1,8 Millionen abnehmen, in den nächsten Jahrzehnten jeweils um 4 bis 5 Millionen, so dass um 2040 die Erwerbspersonen gegenüber dem Berechnungsbeginn 1995 um 40% geschrumpft wären. Es sei hier angemerkt, dass in diesen Jahrzehnten die geburtenstarken Nachkriegsjahrgänge in das Rentenalter einrücken und sich die Schere zwischen Alterssicherungspflichten und Leistungsbilanz der Aktiven am weitesten öffnen wird: um das Jahr 2030 werden sich die meisten Rentner und die geringste Zahl Erwerbspersonen gegenüberstehen. Sie unterliegen den ähnlichen Alterungstendenzen, wie die Gesamtbevölkerung:

Wie nachstehend ersichtlich, ist Bevölkerungsschrumpfung und Alterung eine übergeordnete Tendenz, wonach sich nach Einrücken geburtenschwacher Jahrgänge die Erwerbspersonen von unten her ausdünnen und die Jahrgänge der älteren Arbeitnehmer und -geber anschwellen. Besonders wenn der Baby-Boom zum Papa-Boom wird (und anschließend zum Opa- und Oma-Boom).

8. Kompensation – Gegensteuerung

Frage der Produktivitätssteigerung:

Eine sinkende Zahl von Erwerbspersonen mit steigender Produktivität auszugleichen, um einen gleichbleibenden Wirtschaftserfolg zu erzielen, ist ein bekannter Vorschlag. Das deutsche Erwerbspersonenpotential sinkt von nun an jährlich um 1,2% über vier Jahrzehnte lang. Dieses Absinken um 40%, wie oben erwähnt, kann nur kompensiert werden.

siert werden, wenn bei Vollbeschäftigung der Produktionsfortschritt je Erwerbstätigem diese Schrumpfrate überragen würde. Es muss also noch ein Wachstumsspielraum vorhanden sein, wenn wirtschaftliche Stagnation verhindert werden soll.

Wenn Geburtendefizite auf die Erwerbspersonen insgesamt durchschlagen, wie das in der Alterspyramide (Abbildung, S. 4) schon sichtbar ist, verändern sie zuerst die Altersstruktur der Erwerbspersonen am unteren „Jugendteil“. Das ist für eine globalisierte und digitale Welt, die immer mehr auf Wissenschaft und Innovation beruht, von Bedeutung: der Anteil der unter 30-jährigen geht in wenigen Jahren von fast einem Drittel noch um 1990 auf rund 20% zurück. Ein Nachwuchsmangel, den Produktivitätssteigerung nicht dauerhaft ausgleichen kann, wird sich – branchenverschieden zwar – bemerkbar machen. Der Anteil der über 50-jährigen Erwerbspersonen, der in den 90er Jahren noch bei 23% lag, wird kontinuierlich ansteigen. Das ist nicht zuletzt dem Altern der „Babyboom-Jahrgänge“ zuzuschreiben. Ab 2020 hat sich die Alterspyramide der Erwerbspersonen auf den Kopf gestellt: „Jede dritte Erwerbsperson gehört dann zu den über 50-jährigen, nur noch jede fünfte zu den unter 30-jährigen.“¹

Erhöhung der Zahl der Beitragszahler – Frauenerwerbstätigkeit:

Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist ein lang diskutiertes Thema. Im Bestreben, das Erwerbspotential auszuschöpfen, wird auch an die Erhöhung der weiblichen Arbeitstätigkeit gedacht. Sie wäre in Deutschland niedriger als im übrigen Westen, in Westdeutschland niedriger als in den Neuen Ländern. Tatsächlich könnte eine verstärkte weibliche Erwerbsbeteiligung das Sinken des Potentials insgesamt abschwächen, jedoch unter der Annahme, dass die Erwerbsquote der 25- bis 54-jährigen westdeutschen Frauen bis 2030 auf männliches Erwerbsniveau steigt, was für die ostdeutschen Frauen schon der Fall ist. Die zwischen 2000 und 2001 abgehenden zwei Millionen könnten bis zu 500.000 aufgefangen werden; die im nächsten Jahrzehnt bis zu

¹ **Wolfgang Klauser, Geburtenrückgang und Arbeitsmarkt, In: Wirtschaftsdienst (HWWA) Hamburg, Nr. 9, 2000, S. 536**

sechs Millionen Erwerbspersonen schwinden, würden dann nur um vier Millionen zurückgehen. Nach dem Ausschöpfen der „Frauenreserve“ würde sich jedoch der degressive Trend in der Erwerbsbevölkerung wieder fortsetzen. Er würde es um so schneller tun, wenn die weibliche Erwerbsbeteiligung mit weiteren Geburtenrückgängen erkaufte würde. In diesem Jahrzehnt wird sich noch erweisen, ob der Anteil kinderloser Frauen bald ein Drittel aller Frauen ausmachen wird. Ohne gleichzeitige Politik der Vereinbarkeit von Mutterschaft und Arbeitstätigkeit ist diese Maßnahme unter dem angesteuerten Ziel sinnlos.

Zuwanderung:

Einwanderung als Kompensation für alternde und schrumpfende Bevölkerung spukt durch Jahrzehnte hindurch in den Köpfen. Aber nur weil die Dimension nicht klar ist, in der Einwanderer eingeworben werden müssten, um eine demographische Implosion vom Ausmaß der deutschen Bevölkerungen zu stoppen. Unter dem Titel **„Replacement Migration“** hat die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen eine Rechnung aufgemacht, wie viel Einwanderung nötig wäre, um Ländern wie Deutschland und der EU insgesamt aus der demographischen Patsche zu helfen. Die Zahlen sind enorm:

- um den Bevölkerungsstand von 82 Millionen bis 2050 zu halten, bräuchte Deutschland 325.000 Zuwanderungsüberschuss, also jährlich 1 Million Zuwanderer (bei ca. 600.000 Fortzügen);
- um die Zahl der Erwerbsfähigen (15-64) zu halten (zur Zeit etwa 52 Millionen) sind 460.000 Migrationsüberschuss einzuwerben, wobei bis 2050 insgesamt 25 Millionen Ausländer ins Land geholt werden müssten,
- und um noch ein absurdes Exempel zu bringen: Um den Altersquotienten ($< 64/15-64$) stabil zu halten, das Durchschnittsalter nicht mehr klettern zu lassen, bräuchte es 3,4 Millionen Menschen jährlich von außerhalb, das wären 188 Millionen einzuwerbende Ausländer, die Gesamtbevölkerung würde sich bis 2050 vervierfachen, – auf 300 Millionen.

Derartige Zuwandererquanten müssten in Arbeits- und Lebensformen integrierbar sein; die Arbeitsmärkte müssten für sie aufnah-

mebereit sein; sie müssten allesamt jung, gut ausgebildet und mindestens zwei Kinder haben. Dies ist weder für ein Jahr zu beschaffen, geschweige denn jährlich!

Damit ist der Traum von unbegrenzten Einwandererzahlen als Problemlöser und industrieller Reservearmee für Klapperstorchlahme europäische Bevölkerungen ausgeträumt. Dass die jetzt schon im Lande befindlichen Ausländer unverhältnismäßig hoch arbeitslos sind (doppelte Quote) und zu einem Drittel Sozialhilfeempfänger sind, wird zusätzlich vorsichtig machen. Das erklärt die Strenge der klassischen Einwanderungsländer wie USA, Kanada, Australien.

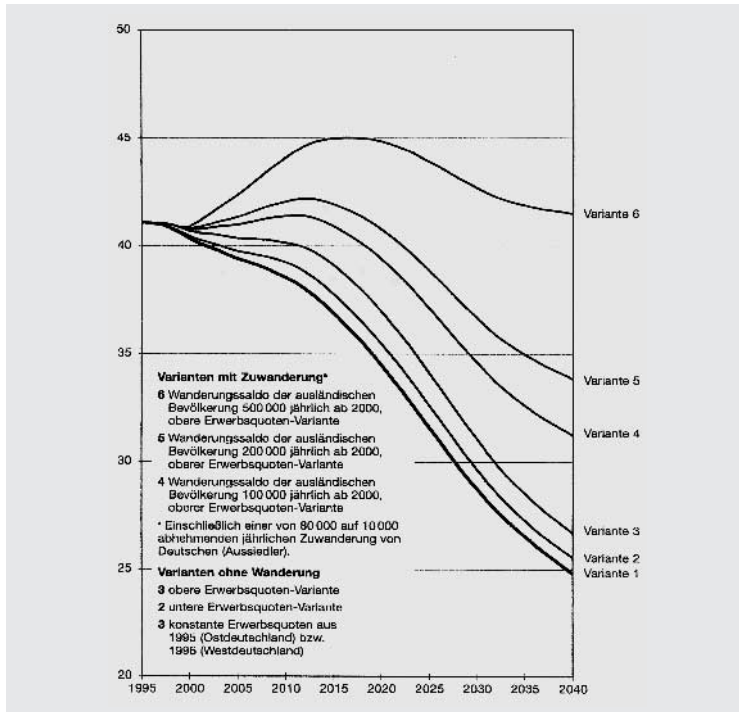
Doch was wäre zu tun?!

Seit langem wird diskutiert, womit ein alterndes und schrumpfendes Erwerbspotential zu kompensieren sei. Ein langfristiges Ziel moderner Bevölkerungspolitik wäre die Stabilisierung der aktiven Bevölkerung zwischen 20 und 60 der Menschen im erwerbsfähigen Alter. Dies würde jedoch eine jährliche Zuwanderung von ca. 450.000 jüngeren, leistungsbereiten Menschen erfordern, die weltweit angeworben werden müssten. Wie schon erwähnt, werden sie aus vertrauten Nachbarstaaten, die in einer ähnlichen demographischen Lage sind, in diesem Ausmaß nicht kommen.

An folgender Graphik über die Zukunft des „Erwerbspersonenpotentials“ von derzeit 42 Millionen lässt sich zeigen, was es an Zuwanderung braucht, um sie stabil zu halten. Eine realistische Zuwanderungsprognose bedeutet in jedem Fall einen Schwund.

Auf der Suche nach einem Bevölkerungssegment, das der politischen Beachtung und damit auch einer Ergänzung bedarf, ist die Gruppe der real Erwerbstätigen von 38 Millionen. Laut einer Projektion des IAB und eigener Abschätzung würde bei einem jährlich integrierbaren Zuwanderungsvolumen von 200.000 jährlich der Erwerbstätigenbestand bis 2040 auf nur knapp 35 Millionen zurückgehen. Eine rein quantitative Stabilisierung scheint noch nicht notwendig, weil Zuwanderungspolitik – anders als bisher – qualitative Arbeitsmarktzuwanderung sein muss, die Quantitätsverluste in Ansehung technologischen Fortschritts bis zu einer gewissen Grenze ausgleichen wird können. Mit

Projektion des Erwerbspersonenpotentials in Gesamtdeutschland¹ 1995-2040 (Wohnortkonzept, in Mill. Erwerbspersonen)



¹ Die Zahlen berücksichtigen noch nicht die durch die VGR-Revisionen bedingten Anpassungen der Arbeitsmarktdaten.

Quelle: Johann Fuchs, Manfred Thon: Nach 2010 sinkt das Angebot an Arbeitskräften. (ABkurzbericht Nr. 4 / 20.5.1999.)

der zahlenmäßigen Absenkung der Ziel- und Bestandsgröße auf ein Niveau, auf dem Ersatzmigration nicht mehr ausreicht und weniger Konflikte und Akzeptanzprobleme hervorrufen dürfte, ist ein erster Schritt getan.

Einwanderung darf nicht als massenweises Lückenfüllen gesehen werden. Deutschland darf sich nicht in ein Land von Volksgruppenkämpfen verwandeln. Es wird sich nach „Green-Card“-Aspiranten umsehen müssen und bestrebt sein, als hochgradige Industrienation die benötigten Qualifikationen in Eigenbau zu beschaffen. Einwanderung

ist auch für die aufnehmende Gesellschaft nicht kostenlos – im Gegenteil: nachdem die Sozialkosten der Einwanderung sehr hoch sind, drängt sich die Überlegung auf, ob nicht wenigstens die Hälfte dieses künftigen Menschenman-



**v.l.n.r.: Dr. Bernhard Worms, Prof. Dr. Otto Wulff,
Prof. Dr. Josef Schmid, Leonhard Kuckart**

gels über geburtenfördernde Familienpolitik zu beheben wäre. Damit verbindet sich zwar – gegenüber einem raschen Menschenimport – eine Zeitverzögerung, doch dürften die enormen Einwanderungskosten bald mit den Kosten einer stärkeren Familienförderung abgewogen werden, so dass sie nur durch eine Kombination aus gezielter, wohl dosierter Einwanderung und Geburtenförderung sozial- und innenpolitisch zu legitimieren sein wird. Wenn die deutsche Bevölkerung jährlich 100.000 Geburten zu wenig aufweist, um substantiell die Sterbefälle auszugleichen, und es gelingen würde, geburtenfördernde Familienpolitik von Tabus und ideologiekritischen Verkrampfungen zu befreien und einzuleiten, dann wäre das Risiko groß angelegter Einwanderung, für die eine kulturelle Integration kaum zu schaffen wäre, schon zur Hälfte gemildert. Die enormen Kosten für einwandernde ausländische Familien lassen sich ohne eine ähnliche politische und finanzielle Aufwertung der einheimischen Familien nicht durchsetzen oder halten.

Die Gesellschaft muss in Bezug auf Familie und mehr Nachwuchs ihre Wertekonflikte abtragen: Tugenden der individualisierten New Economy (Flexibilität, Risiko, Mobilität) stehen dauerhaften Beziehungen und Kinderaufzucht entgegen. Das Gleichheitspostulat von Mann und Frau belastet die Frau mehr, als sie es wahrhaben will. Der Kinderwunsch wird von einer Karriereleiter zur nächsten hinangestellt, bis er sich schließlich nicht mehr realisiert.

Allmählich gewinnt der Ausweg mit Einwanderung und gleichzeitiger Geburtenförderung Konturen.

(1) Einwanderung sollte erst sanft mit ihrer Vorstufe, der zeitweisen Expertenwerbung und -beschäftigung, beginnen. Eine Einwanderung

derungspolitik hat zu klären, wer von wo in welcher Zahl zu welchem Zweck kommen kann, was man von Einwanderern erwartet (Merkmale der Person) und was sie erwarten können. Wichtig ist noch die öffentliche Meinung, die Stimme des Volkes. Es ist eine Illusion zu glauben, man könne auch ohne ihren Konsens Einwanderung durchdrücken, indem sich das Parlament zum Ort höherer Eingebung erklärt und sich schlicht dafür ausspricht. Je nüchterner die Zielvorgaben abgefasst sind, umso verständlicher sind sie für den „Souverän“ und umso eher ist Zustimmung zu erwarten. Von Überfrachtung mit Tugendappellen und moralischen Anweisungen sei dringend abzuraten.

Folgerungen für eine Zuwanderungspolitik:

Von einer Politik ist folgendes zu fordern:

- das Missverhältnis zwischen benötigter Arbeitseinwanderung und humanitärer Menschaufnahme in ein tragbares Lot bringen
- bei Einwanderung auf Integrationsmerkmale achten: die kultureller, religiöser und beruflicher Natur sein müssen.
- Kontrolle der Familienzusammenführung als vielfaches Integrationshemmnis
- Und politische Überwachung der Einwanderung im Hinblick auf Weltspannungen: Die Erklärung abverlangen, nicht fremden Mächten zu dienen.

(2) Geburtenförderung duldet keinen Aufschub, weil ihre Wirkung sich erst in 15 bis 20 Jahren zeigt. Hauptmaßnahmen beziehen sich weniger auf Kindergeld und Steuererleichterung, sondern auf

(3) Vereinbarkeit von Frauenerwerbstätigkeit und Mutterschaft; Aufwertung der Familienleistungen, d.h. sie für ebenso wichtig halten wie die Leistung der Erwerbstätigen zwischen 20 und 65!

Mehr Geburten rechtfertigen weniger Einwanderung, erfordern aber eine (4) Qualifizierungsoffensive für die Jugend. Mit ihr ist das Humankapital von morgen heranzubilden. Sie muss in einen Geist der Kreativität und Innovation hineinwachsen.

Gewiss bedeutet der von mir vorgeschlagene Ausweg eine Art Kulturrevolution zum Zwecke der Rettung der Kulturnation, ohne die weder Staat noch Demokratie aufrechtzuerhalten sind.

Dr. Bernhard Worms

**Verehrte Damen und Herren,
verehrter, lieber Herr Professor
Schmid.**

Ich bin richtig glücklich, heute morgen all das gehört zu haben, und mich erinnert der erste Fastensonntag, dass nicht nur gerade wir Senioren Hörer eines Wortes sein wollen, sondern auch Befolger. Und das letzte, was Sie gesagt haben, schließt sich an, an das was Herr von Weizsäcker, Sie haben ihn ja zitiert, uns hinterlassen hat. Dass der Politiker immer nur für die nächsten vier Jahre reden kann. Was nützt es ihm, wenn er in 30 Jahren recht hat? Und dennoch, lieber Herr Professor Schmid, ich will das auch mal für Ihre berufliche Arbeit Ihnen sagen: Wir, die Senioren-Union haben uns ein Ziel gesetzt, wir nennen das, in welcher Gesellschaft wollen/werden wir leben?



Wir werden nicht müde, in unseren eigenen Reihen in der CDU aber auch draußen in der Gesellschaft zu sagen: Die Gesellschaft von morgen ist unser heutiges Werk. Und da Sie uns ja hier sehr viele gute Impulse gegeben haben, möchte ich Sie bitten, verehrte Damen und Herren, dass wir die Funktion in unserer Gesellschaft Sauerteig zu sein ernst nehmen und meine persönliche Bitte ist, dass Sie mit der Kraft, die Ihnen zur Verfügung steht, sich auch für diesen notwendigen Dialog in unserer Umwelt zur Verfügung stellen. Ich denke, damit helfen Sie auch ein wenig Professor Dr. Wulff, Sie helfen Leonhard Kuckart, Sie helfen uns allen, dass wir begreifen im Sinne Wächter, wem schlägt die Stunde? Uns schlägt die Stunde. Wir gehören zu denen, die es begriffen haben, zumindest dabei sind, es zu begreifen. Teilen wir uns mit, im Interesse auch der Sicherheit und des Erhalts unserer deutschen Sprache, unserer deutschen Kultur, und ich sag das einmal bewußt, unseres deutschen Volkes. Vielen Dank, alles Gute und: Kommet und kostet, das Mahl ist bereit.

Prof. Dr. Josef Schmid

Persönliches

geboren 1937 in Linz/Donau, Österreich

Ausbildung und beruflicher Werdegang

Studium der Betriebs- und Volkswirtschaft an den Universitäten München und Innsbruck, Dipl.-Volkswirt 1965, Studium der Soziologie, Philosophie und Psychologie an der Universität München. Wissenschaftl. Assistent am Institut für Soziologie der Universität München. 1974 Promotion zum Dr. phil. mit einer kultursoziologischen Dissertation. 1980 Habilitation (Dr. rer. pol. habil.) Ab 1980 Inhaber des Lehrstuhls für Bevölkerungswissenschaft an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.

Mitgliedschaften

Mitglied des Kuratoriums des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden; Mitglied der International Union for Scientific Study of Population (IUSSP); der European Association for Population Studies (EAPS); Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats der Studiengesellschaft für Mittelstandfragen e.V., München; Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Deutschen Gesellschaft für Humanökologie.

Schwerpunkthemen

Bevölkerungsanalyse der industrialisierten Welt und der Entwicklungsländer; Kulturelle Evolution und Systemökologie.

Wichtige Veröffentlichungen

Einführung in die Bevölkerungssoziologie (1976); Bevölkerung und soziale Entwicklung (1984); Bevölkerung im Entwicklungsprozeß Lateinamerikas (1991); Das verlorene Gleichgewicht – Eine Kulturökologie des Gegenwart (1992); Bevölkerung – Umwelt – Entwicklung. Eine humanökologische Perspektive (1994); Sozialprognose – Die Belastungen der nachwachsenden Generation (2000); Außerdem zahlreiche Veröffentlichungen in Fachzeitschriften, Pressearbeit und Rundfunkvorträge.

Literatur

Bundesministerium des Innern (BMI), Entwurf eines Gesetzes zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regulierung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz), Stand: 06.11.2001/Abänderungen zum Frühjahr 2002.

Höhn, Charlotte / Grünheid, Evelyn (Hg.)

Demographische Alterung und Wirtschaftswachstum. Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (29), Opladen 1999.

Höhn, Charlotte (Hg.)

Demographische Trends, Bevölkerungswissenschaft und Politikberatung – Aus der Arbeit des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BIB), 1973-1998, Opladen 1998.

Fuchs, Johann

Die langfristige Entwicklung des Arbeitskräftepotentials in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung demographischer Aspekte, in: Höhn, Charlotte / Grünheid, Evelyn (Hg.): a. a. O., S. 69-87.

Klauder, Wolfgang

Arbeit, Arbeit, Arbeit. Mit offensiven Strategien zu mehr Beschäftigung. Osnabrück und Zürich 1999.

Klauder, Wolfgang

Geburtenrückgang und Arbeitsmarkt. In: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA), Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 80. Jhg., Nr. 9/2000, S. 531-536.

Mai, Ralf / Müller-Kuller, André

Projektion der Entwicklung der Erwerbspersonenzahl in der EU bis 2040. Bamberger Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, 2001.

Rürup, Bert

Politische Konsequenzen der Bevölkerungsalterung. In: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA), Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 80. Jhg., Nr. 9/2000, S. 526-530.

Schmid, Josef

Auf Sand gebaut? - Die Schicksalsgemeinschaft von Generation und Generationenvertrag, (Festschrift für Karl Schwarz) In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 22, Heft 2/3-1997, S. 217-238.

Schmid, Josef

Die demographische Entwicklung Deutschlands – Ursachen, Folgen und politische Optionen. (Gutachten für die interministerielle Arbeitsgruppe der Bayerischen Staatsregierung zu Fragen der Zuwanderungssteuerung und Zuwanderungsbegrenzung), Teil II: Materialien zum Bericht der interministeriellen Arbeitsgruppe. München 2000.

Schmid, Josef / Heigl, Andreas / Mai, Ralf

Sozialprognose – Die Belastung der nachwachsenden Generation. München 2000.

Schwarz, Karl

Bestimmungsgründe der Alterung einer Bevölkerung, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 2/3-1997, S. 347-359.

Schwarz, Karl

Bericht 2000 über die demographische Lage in Deutschland, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 1/2001 (26), S. 3-54.

Statistisches Bundesamt

Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2050 – Ergebnisse der 9. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden 2000.

Vereinte Nationen

New Report on Replacement Migration - Is it a solution to declining and ageing population? UN-Population Division, New York, 17 March 2000.

Demographischer Wandel und seine Folgen

Die Enkel werden fluchen

Martfelder Schlossgespräche
Schriftenreihe der Senioren-Union NRW Nr. 2



www.senioren-union-nrw.de